

WIR FORDERN:

- ... Wohnraum muss bezahlbar bleiben.
- ... mehr Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende.
- ... keine weitere Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände und Liegenschaften.
- ... den Bau von Sozialwohnungen voranzubringen und durch städtebauliche Verträge abzusichern.

- ... eine konsequente Politik für Mieter*innen:
 - > zurück zu Mietpreisbremse & reduzierten Kappungsgrenzen auch in Kassel
 - > insbesondere in Kassel einen Mietspiegel schaffen und rechtssicher ausgestalten
 - > Milieuschutz- und Erhaltungsgebiete ausweiten
 - > Kündigungsschutz aufgrund Corona-bedingter Mietausfälle wieder einführen

Unterstützt die Kampagne „Mietenstopp für alle“. Unterschreibt die Petition [hier](#)!

Am 14. März 2021 wird gewählt ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine gute öffentliche Daseinsvorsorge wird - auch und vor allem - in unserer unmittelbaren Umgebung, also in Städten und Gemeinden, in unseren Kommunen, politisch gestaltet und entschieden. Grund genug, einen Blick auf unsere Themen und Forderungen zu werfen. Mehr Infos auch unter:

www.nordhessen.dgb.de

oder auf unserem Facebook-Auftritt.

Schaut doch mal vorbei. Und nutzt am 14. März euer Wahlrecht.

KOMMUNALWAHL IN HESSEN 2021



Politik für
Mieter*innen
und
sozialer
Wohnungsbau

Wohnen ist ein Menschenrecht.

Bezahlbarer Wohnraum ist in den hessischen Städten Mangelware und die Mieten steigen. Die Corona-Krise hat die Wohnungsmarktsituation weiter verschärft, denn viele Mieter*innen sind wegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unverschuldet in Not geraten. Nach der aktuellen Wohnungsbedarfsprognose des Instituts für Wohnen und Umwelt müssen in Hessen bis zum Jahr 2040 zusätzlich 367.000 Wohnungen geschaffen werden; gut 10 Prozent davon in Nordhessen. Die Zahl der Sozialwohnungen hat sich in Hessen seit Anfang der 1990er Jahre mehr als halbiert. Inzwischen gibt es nicht einmal mehr 80.000 Sozialwohnungen. Bei der Mietbelastung liegt Hessen deutschlandweit auf dem zweiten Platz unter allen Flächenländern.

Der DGB erwartet, dass die Politik auf der Ebene des Bundes, des Landes und der Kommunen das Menschenrecht auf Wohnen sicherstellt. Notwendig sind eine öffentliche Investitions-offensive und mehr Schutz für Mieter*innen.

Es ist absolut unverständlich, dass seit Ende November 2020 in Kassel die Mietpreisbremse und reduzierte Kappungsgrenzen nicht mehr gelten!

Die Kommunalpolitik ist aufgefordert, sich gegenüber Bund und Land für einen Mietendeckel einzusetzen. Um die Folgen der aktuellen Krise sozial abzufedern, muss der Kündigungsschutz aufgrund Corona-bedingter Mietausfälle wieder eingeführt werden.

Die Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie eine aktive Wohnungspolitik betreiben können. Bund und Land müssen hierfür ausreichend Fördermittel zur Verfügung stellen. Diese müssen zweckgebunden für Sozialwohnungen ausgegeben werden. Außerdem müssen mehr Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende geschaffen werden. Hierfür ist die Einrichtung von Auszubildendenwerken analog zu Studierendenwerken sinnvoll.

Öffentliche Wohnungsunternehmen sind wichtige kommunale Instrumente, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu reduzieren und den Mietanstieg zu begrenzen. Daher müssen diese gegründet bzw. gestärkt werden. Die Gewinne der Öffentlichen Wohnungsunternehmen dürfen nicht an den Haushalt abgeführt werden, sondern müssen für Re-Investitionen genutzt werden. Es darf keine weitere Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände und Liegenschaften geben. Stattdessen ist eine Re-Kommunalisierung notwendig.

Öffentliche Liegenschaften müssen vorzugsweise kommunalen oder anderen gemeinwohlorientierten Unternehmen zur Bebauung überlassen werden. Die Vergabe sollte dabei in der Regel auf Erbpachtbasis und nach Konzept erfolgen. Die Einrichtung eines revolvingenden Bodenfonds ist sinnvoll, um private Grundstücke dem Markt zu entziehen. Durch städtebauliche Verträge sollten Kommunen den Bau von Sozialwohnungen absichern und Projektträger an den Folgekosten beteiligen. Des Weiteren müssen Mietspiegel rechtssicher ausgestaltet und Milieuschutz- und Erhaltungsgebiete ausgeweitet werden. Ohne eine Personalaufstockung in den Bau- und Planungsämtern wird es keine Trendwende beim Wohnungsbau geben.

Der Zugang zu Wohngeld und zu Kosten der Unterkunft muss erleichtert und diese erhöht werden. In Hessen können immer mehr Menschen die steigenden Mieten nicht mehr bezahlen. Hier setzt die Kampagne „Mietenstopp für alle“ an. Unterschreibt die Petition!

Sie fordert eine Begrenzung von Mieterhöhungen auf maximal ein Prozent pro Jahr (zunächst für 5 Jahre), bis durch den Bau bezahlbarer und sozial geförderter Wohnungen eine generelle Entspannung des Wohnungsmarkts bewirkt werden kann.

Das Bündnis fordert die hessische Landesregierung auf, die gesetzliche Grundlage für einen Mietenstopp zu schaffen.

Impressum

Herausgeber:
DGB Region Nordhessen
DGB KV Kassel
Spohrstrasse 6-8
34117 Kassel